

**2620/AB XXIII. GP**

---

**Eingelangt am 06.02.2008**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

## Anfragebeantwortung

JOSEF PRÖLL

Bundesminister



lebensministerium.at

An die  
Frau Präsidentin  
des Nationalrates  
Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer

ZI. LE.4.2.4/0144 -I 3/2007

Parlament  
1017 Wien

Wien, am 5. FEB. 2008

**Gegenstand:** Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Dr. Hannes Bauer, Kolleginnen und Kollegen vom 6. Dezember 2007, Nr. 2639/J, betreffend das zugrunde gelegte Datenmaterial für Österreichs Klimaziele

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Hannes Bauer, Kolleginnen und Kollegen vom 6. Dezember 2007, Nr. 2639/J, betreffend das zugrunde gelegte Datenmaterial für Österreichs Klimaziele, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 und 2:

Bereits vor der Annahme des Kyoto-Protokolls (Ende 1997) hat die damalige niederländische Ratspräsidentschaft eine Modellrechnung in Auftrag gegeben, die eine technisch und ökonomisch machbare Reduktionsaufteilung für die einzelnen 15 EU-Mitgliedstaaten nach dem so genannten „Triptych-Approach“ darstellen soll. Der „Triptych Approach“ wurde ursprünglich von der Universität Utrecht, Niederlande, entwickelt und stellt eine Methode dar, um auf sektoraler Basis eine Aufteilung von Emissionsrechten innerhalb einer Gruppe von Staaten vorzunehmen. Dabei wurden im Wesentlichen drei Sektoren definiert: Elektrizitätserzeugung, energieintensive Industrie sowie Haushalte (Wohngebäude & Verkehr), zumal in diesen Sektoren jeweils nationale, jeweils die Emissionstrends prägende Besonderheiten gegeben sind.

Die einzelnen Sektoren wurden dabei unterschiedlich behandelt: Während für die Industrie und Elektrizitätswirtschaft Produktionswachstumspfade in Verbindung mit Effizienzverbesserungen unterlegt wurden, ging man für den Haushaltssektor von einer Konvergenz durch Angleichung der Lebensstandards aus.

Die EU hat in den Kyoto-Verhandlungen ursprünglich ein Ziel von -15% angeboten.

Aufgrund des mangelnden Willens anderer Industrieländer zu vergleichbaren Zielen akzeptierte die EU in Kyoto Ende 1997 schließlich ein Ziel von -8%. Im ersten Halbjahr 1998 fanden unter UK-Ratspräsidentschaft die Verhandlungen auf politischer Ebene im Rat über die Neuverteilung der EU-internen Ziele aufgrund des Kyoto-Ergebnisses statt. Im Umweltrat Ende Juni 1998 konnte nach schwierigen Verhandlungen eine Lösung gefunden werden, die in Ratsschlussfolgerungen festgehalten wurden. Österreich verhandelte unter der Leitung des damaligen Umweltministers Martin Bartenstein ein Ziel von -13% aus.

Die für Österreich verfügbare Datenbasis umfasste zum damaligen Zeitpunkt die Treibhausgas-Emissionsentwicklung bis einschließlich 1996. Darüber hinaus wurde als wesentliche Entscheidungshilfe durch den Österreichischen Klimabeirat unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Stefan Schleicher und Mitwirkung des Interministeriellen Komitees Klima, des Umweltbundesamtes, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Interessensvertretungen der österreichischen Wirtschaft eine Analyse durchgeführt, in der die Emissionsreduktionspotentiale im Zeitraum 1998 bis 2008 und die damit verbundenen Kosten untersucht wurden (Das Kyoto-Paket – Wirtschaftliche Innovationen durch Klimaschutz, Juni 1998). Wesentliche strukturelle Effekte, die erst in den

Folgejahren aufgetreten sind (z.B. deutlicher Aufschwung der Industrieproduktion nach dem EU-Beitritt; Verkehrsentwicklung einschließlich Tanktourismus infolge der Grenzöffnungen; Stromverbrauchszuwachs etc.), konnten zum damaligen Zeitpunkt nur auf Basis des damaligen Wissens berücksichtigt werden.

Zu den Fragen 3 bis 5:

Infolge der Klimastrategie-Anpassung, vom Ministerrat am 21. März 2007 beschlossen, sollen durch Bund und Länder zahlreiche zusätzliche Maßnahmen zur Umsetzung gebracht werden. Einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Ziels leistet das staatliche Programm zum Ankauf von Reduktionseinheiten aus JI- und CDM-Projekten (9 Mio t CO<sub>2</sub>-Äquivalent p.a.). Weiters garantiert der Emissionshandel für Industrie und Energiewirtschaft durch die Kürzung der Zertifikatmenge – und damit der zulässigen Emission – auf einen Wert von rund 30,7 Mio t CO<sub>2</sub> pro Jahr ab 2008 eine Reduktion um über 1,6 Mio t CO<sub>2</sub> p.a. gegenüber den verifizierten Emissionen des Jahres 2006. Durch forstwirtschaftliche Maßnahmen wird ein Netto-Senkenbeitrag von rund 0,7 Mio t CO<sub>2</sub> zu erwarten sein. In den Sektoren Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft sowie Abfallwirtschaft können weitere maßgebliche Reduktionen durch zusätzliche oder bereits in Umsetzung begriffene Maßnahmensetzungen bewirkt werden, um die verbleibende „Kyoto-Lücke“ von rund 11 Mio t CO<sub>2</sub>-Äquivalent p.a. gegenüber den Emissionswerten 2006 zu schließen. Die EU-Kommission hat am 27. November 2007 in einer Mitteilung festgestellt, dass Österreich seine Verpflichtung punktgenau erfüllen kann, wenn sämtliche Maßnahmen der neuen österreichischen Klimastrategie umgesetzt werden. Mit den bisher gesetzten Maßnahmen, das heißt ohne die Umsetzung der in der neuen Klimastrategie festgeschriebenen zusätzlichen Maßnahmen, liegt Österreich 17,2 % über dem Basisjahr 1990. Dabei sind jedoch weder der Zukauf von Emissionsrechten (grüne Investitionen im Ausland) noch nationale Maßnahmen zur Schaffung so genannter CO<sub>2</sub>-Senken eingerechnet. Werden alle zusätzlich geplanten Maßnahmen gemäß Klimastrategie umgesetzt, kann Österreich eine Reduktion von Treibhausgasen um 13,4% im Vergleich zu 1990 schaffen. Konkret sind für Österreich minus 11,4 Prozentpunkte durch Zukauf von Emissionsrechten, weitere minus 0,9 Prozentpunkte durch CO<sub>2</sub>-Senken und minus 18,2 Prozentpunkte durch die zusätzlichen nationalen Klimaschutzmaßnahme möglich, so die Europäische Kommission. Es wird in diesem Zusammenhang auch auf die detaillierten Maßnahmenbeschreibungen der Klimastrategie-Anpassung vom 21. März 2007 verwiesen ([www.klimastrategie.at](http://www.klimastrategie.at)).

Der Bundesminister: